

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME**  
**18/335**

A01, A19



An den

Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen

Postfach 10 11 43

40002 Düsseldorf

- per E-Mail -

## **Stellungnahme**

**zum Antrag der Fraktion der SPD**

**„Eine respektvolle Pflege in NRW – Pflegende Angehörige stärken!“**

**Drucksache 18/1685**

**Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

**am 01. März 2023**

Düsseldorf, 20.02.2023

Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen e.V.

Fürstenwall 132, 40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 38412 – 44

Telefax: 0211 38412 – 66

Kontakt: [nordrhein-westfalen@vdk.de](mailto:nordrhein-westfalen@vdk.de)

## Vorbemerkung

Der Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen e.V. (VdK NRW) möchte sich zunächst für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Antrag „Eine respektvolle Pflege in NRW – Pflegende Angehörige stärken!“ sowie für die Einladung zur Anhörung am 01. März 2023 bedanken. In NRW ist die Zahl der pflegebedürftigen Menschen laut dem Landesbetrieb IT.NRW mit über 1,2 Millionen Menschen derzeit auf einem historischen Höchststand. Mit 86 Prozent wird nach wie vor der größte Teil der Pflegebedürftigen in den eigenen vier Wänden versorgt. Davon beziehen über 655.000 ausschließlich Pflegegeld und werden von Angehörigen, Freunden, Nachbarn und Bekannten versorgt. Die Dunkelziffer derer, die die Pflege in Eigenregie und ohne staatliche Hilfen versuchen zu organisieren, dürfte wesentlich höher sein<sup>1</sup>. Hier leistet sich die Sozialgesetzgebung eine entscheidende Regulierungslücke und die Sozialpolitik eine Wissenslücke, denn die Gruppe der pflegenden An- und Zugehörigen ist das Rückgrat der Pflege in Deutschland.

Pflegende Angehörige sind durch die Pflegesituation sehr oft körperlich wie psychisch beansprucht, vor allem wenn der Pflegebedürftige an einer Demenzerkrankung leidet oder bei pflegebedürftigen Kindern weitere oft lebensbedrohliche Erkrankungen dazukommen. Vereinbarkeitskonflikte zwischen Beruf, Familienarbeit und Pflege wirken zusätzlich erschwerend auf die Gesamtsituation. Pflegende haben einen schlechteren Gesundheitszustand in Bezug auf Depressionen, Rückenbeschwerden und Schmerzen. Arztbesuche werden wegen der häuslichen Belastung oft unterlassen. Fast jeder Zehnte gibt an, kurz davor zu stehen, die Pflege einzustellen.<sup>2</sup> Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Pflegende Angehörige unter dem Gefühl von Ausgebranntsein, Wut, Trauer, Frustration leiden, die sich wiederum negativ auf den Pflegebedürftigen auswirken kann. Pflegenden Angehörigen ist deshalb ein Netz an Hilfen im Falle der Überforderung zu bieten. Auch entlastende Dienste und Angebote sowie Unterstützung und Begleitung während der Übernahme der Pflegeverantwortung sind dringend angezeigt. Pflegende Angehörige benötigen unsere Solidarität und all unsere gesellschaftliche Unterstützung sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die eine gute Pflege zu Hause ermöglichen.

Der o.g. Antrag orientiert sich aus Sicht des VdK NRW nah an den Bedürfnissen der Betroffenen, versucht mit den vorgeschlagenen Maßnahmen, Versorgungslücken und Strukturdefizite zu schließen, Bürokratien abzubauen und Pflegende Angehörige besser zu unterstützen. Es ist dringend notwendig, dass das Land Nordrhein-Westfalen jetzt entschlossen handelt und einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zu Gunsten Pflegenden Angehöriger und der häuslichen Pflege auf den Weg bringt. Daher unterstützt der VdK NRW den o.g. Antrag in Gänze.

---

<sup>1</sup> Statistisch betrachtet, unterstützen auch die amtlichen Statistiken dieses familialistische Modell der Pflege, indem sie lediglich Daten der Pflegebedürftigen aus der Pflegeversicherung, der professionellen Pflegedienste und -einrichtungen regelmäßig und verpflichtend erheben, nicht aber zu den familiären Pflegepersonen – deren Situation bleibt damit amtlich unsichtbar.

<sup>2</sup> Rothgang H; Müller R (2018): Barmer Pflegereport 2018, Band 12, Barmer Ersatzkassen (Hrsg.) Sankt Augustin

Folgende Punkte sind aus Sicht des VdK NRW über den vorliegenden Antrag hinaus für eine menschenwürdige Pflege und die Stärkung der pflegenden Angehörigen von besonderer Bedeutung:

### **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:**

#### **Zu 1. Bundsratsinitiative zur Stärkung pflegender Angehöriger**

- Die Pflege muss in der Rente besser anerkannt werden.
- Auch pflegende Angehörige, die bereits in Rente sind, müssen Rentenpunkte bekommen.
- Die Pflege von Angehörigen darf nicht zum finanziellen Problem werden und zur Pflegearmut führen. Pflegende Angehörige brauchen eine eigene finanzielle Leistung für die Nächstenpflege.
- Es wird ein Budget für alle Unterstützungsleistungen gebraucht („Alles aus einem Topf“), sodass pflegende Angehörige gemeinsam mit den Pflegebedürftigen unbürokratisch und flexibel individuell für sie passgenaue Hilfen auswählen können.
- Es bedarf dringend einer steuerfinanzierten Pflegevollversicherung.
- Rechtsanspruch auf Tages- und Kurzzeitpflege, ähnlich wie der Rechtsanspruch auf Kitabetreuung für Kinder.

#### **Zu 2. Flächendeckende Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur für pflegende Angehörige schaffen**

- Junge zu Pflegende möchten häufig zentral und quartiersnah leben und in kleinen, altershomogenen Wohngruppen gepflegt werden. Die Gruppe der jungen pflegebedürftigen Menschen muss verstärkt in den Blick genommen und passgenau unterstützt werden.
- Auch die Tages- und Kurzzeitpflege muss sich für die Bedarfe junger Pflegebedürftiger öffnen.
- Die sensible Thematik „Kinder als Pflegepersonen“ (Young Carers) muss aufgenommen und evaluiert werden.
- Damit Überlastungen der pflegenden Angehörigen rechtzeitig erkannt und Hilfen organisiert werden können, sind unabhängige einheitliche Pflegeberatungen in NRW notwendig.
- Quartiersmanagement und Sozialraumorientierung sind wichtige Ansätze für eine gute Pflegeinfrastruktur. Daher gilt es, Quartiere zu fördern und Quartiersentwicklung fortzuentwickeln.
- Sozialen Folgekosten für stationäre Unterbringung kann durch Prävention und Stärkung der haushaltsnahen Versorgung im Quartier vorgebeugt werden.
- Eine frühe rehabilitative Behandlung kann gerade auch für ältere Betroffene einen hohen Stellenwert zur Verringerung von Pflegebedürftigkeit haben – hier sind die Versorgungsstrukturen weiter auszubauen. Rehabilitation muss gerade in Bezug auf ältere Menschen in der Praxis endlich gelebt und umgesetzt werden.

- Der Vielfalt der zu pflegenden Menschen muss im Sinne eines selbstbestimmten Lebens Rechnung getragen werden. Dazu bedarf es eines größeren Angebots an kleineren Wohn- und Betreuungsangeboten. In diesem Kontext müssen Konzepte neuer innovativer Wohn- und Pflegeformen und der barrierefreie Wohnraum gefördert werden.
- Kommunen können hier "gute Nachbarschaften" und innovative Wohnformen unterstützen.
- Stärkung der ländlichen Regionen durch Verbesserung der Pflegeinfrastruktur sowie eine zuverlässige und barrierefreie Verkehrsinfrastruktur.
- Enttabuisierung des Themas Gewalt in der Pflege - landesweite Öffentlichkeitskampagne und spezielle Unterstützungstrukturen einführen.

### **Zu 3. Entlastungen durch eine Digitalisierungsstrategie ermöglichen**

- Digitale Gesundheits- und Pflegekompetenz stärken.
- Einen wichtigen Beitrag dazu, möglichst lange selbstbestimmt und eigenständig in der gewohnten Umgebung zu verbleiben, können sogenannte alltagsunterstützende Technologien (AAL) leisten. Dabei können digitale Assistenten nützliche Helfer sein. Eine Matte, die Stürze registriert und Alarm schlägt, oder ein Herd, der sich automatisch abschaltet – es gibt viele Technologien, die pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen helfen können.
- Technische Hilfs- und Unterstützungssysteme in das Pflegehilfsmittelverzeichnis aufnehmen oder als wohnumfeldverbessernde Maßnahme anerkennen.
- Dabei soll die Technik die Pflege unterstützen, nicht ersetzen oder dominieren. Pflegearmut darf nicht zur Ausgrenzung bei der Techniknutzung führen.

### **Zu 4. Flexible Freizeitgestaltung für pflegende Angehörige und ihre Familien umsetzen**

- Damit uns das Potential Pflegenden Angehöriger, zum größten Teil Frauen, nicht langfristig verloren geht, ist der Auf- und Ausbau von Entlastungsangeboten, unabhängigen Beratungsangeboten und weiteren Hilfen notwendig. Hierzu gehören Angehörigen- und Selbsthilfegruppen, ehrenamtliche Helfer, Tages-, Kurzzeit-, Urlaubs- und Verhinderungspflege sowie betreuter Urlaub und betreute Kuren für Pflegebedürftige zusammen mit ihren Angehörigen.
- Um die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu verbessern, müssen auch Arbeitgeber angeregt werden, mehr betriebliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten und pflegesensible Arbeitszeitmodelle anzubieten. Pflege, Kinderbetreuung und berufliche Tätigkeit müssen uneingeschränkt nebeneinander möglich werden.
- Zusätzlich muss es ein Rückkehrrecht in die Vollzeitbeschäftigung geben.